

Corona-Krise
solidarisch
bewältigen!

DIE LINKE.
KARLSRUHE

Michel Brandt ist Karlsruher Bundestagsabgeordnete

michel.brandt.wk@bundestag.de

Schützenstr. 46

76137 Karlsruhe

Tel: 072 135489342

www.michelbrandt.de

www.facebook.com/michel.brandt.linke

Twitter: @michel_brandt_



Sofortige Hilfe und Solidarität!

Die Corona-Pandemie stellt uns vor noch nie dagewesene gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen, denen wir mit Solidarität begegnen müssen.

Was wir sofort brauchen, sind Maßnahmen zur Unterstützung derer, die von dieser Krise am heftigsten betroffen sind. Menschen müssen endlich über Profite gestellt werden!

Der durch die Profitlogik angerichtete Schaden ist gerade spürbarer denn je.

Dank des Wettbewerbswahns, steht unser Gesundheitswesen auf wackligen Beinen. Kein Wunder: die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten seit 2011 ganze 63-mal dazu aufgefordert, Einsparungen im Gesundheitswesen



vorzunehmen oder zu privatisieren. Jetzt rächt sich der Personalmangel und die weggesparten Materialvorräte. Darum muss ein Sofortprogramm beschlossen werden, um mehr Personal und eine bessere Ausstattung von Krankenhäusern sicherzustellen. Pfleger*innen, aber auch Menschen in anderen systemrelevanten Berufen, wie Supermarkt- und Postangestellte, müssen eine Gefahrenzulage erhalten. Diese Menschen haben unseren Dank mehr als verdient, doch allein von diesem Dank können sie nicht leben.

Gleichermaßen müssen jetzt diejenigen umfangreiche Unterstützung erhalten, deren Existenz akut bedroht wird, also prekär Beschäftigte, Geringverdienende, Leiharbeiter, Alleinerziehende, Arbeitslose etc. Menschen werden gerade massenweise in völlig unterfinanzierte Kurzarbeit geschickt, viele verlieren Einkommen und Arbeit. Aber niemand darf in dieser Krise seine oder ihre Existenz verlieren, niemand darf aus seiner Wohnung geschmissen werden. Diese Menschen brauchen ein soziales Netz aus Mietkündigungsschutz, Pandemie-Überbrückungsgeld, günstigen und unbürokratischen Krediten und eine gerechte Alternative zu Hartz IV.

Die Corona Krise hat die strukturellen Probleme dieses Wirtschaftssystems mehr als deutlich gemacht. Es wird Zeit, sie zu hinterfragen. Profitmaximierung und Ellebogenmentalität dienen einigen wenigen. Ich setzte mich für ein Wirtschaftssystem ein, dass allen dient! Jetzt sind wir alle gefragt, um für eine Gesellschaft auf der Grundlage von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechten zu streiten!



Forderungen & Maßnahmen von DIE LINKE Karlsruhe

Corona-Krise solidarisch bewältigen!

Füreinander da sein, Solidarität organisieren: Merkel und Spahn fordern auf einmal Solidarität ein; haben aber Strukturen der Solidarität abgebaut. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft. Der kapitalistische Neoliberalismus vereinzelt uns. Wir müssen denjenigen helfen, die zu den Hochrisikogruppen zählen: Für Nachbarn einkaufen, Hilfe anbieten, Telefonieren.

Jetzt rächt sich, dass Krankenhäuser kaputtgespart wurden und tausende Pflegekräfte fehlen. In anderen Ländern müssen Entscheidungen darüber getroffen werden, wer beatmet wird, wer nicht. Es braucht jetzt aber Investitionen, die die Menschen schützen und denen helfen, deren Gesundheit und Existenz bedroht ist.

Corona zeigt, in welchem Zustand unsere Gesellschaft ist:

Die Schuldenbremse gefährdet Menschenleben aufgrund des Personalmangels in den Krankenhäusern. Beschäftigte gehen krank arbeiten, weil sie nicht ausfallen dürfen und die Produktion darf nicht ausfallen. Ältere, Arme und Alleinlebende müssen sich selbst

versorgen. Viele haben Angst. Corona trifft die Schwächsten am härtesten. Wir klären auf ohne Panik zu erzeugen. Nur gemeinsam und solidarisch können wir diese Herausforderung meistern! Doch die Frage steht im Raum: Wird die soziale Spaltung drastischer oder stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt?

I. Wir brauchen ein Aktionsprogramm:

1. Gesundheitssystem stärken:

- Wir fordern eine sofortige monatliche -500Euro-Zulage für alle Pflegekräfte und je 100.000 Beschäftigte mehr in Krankenhäusern und Altenpflege.
- Pflegeberufe sind oft weiblich und der Anteil betreuungsbedürftiger Kinder demzufolge hoch. Daher muss dringend eine Kinder-Notbetreuung für die von Kita- und Schulschließungen Betroffenen aufgebaut werden.
- Daten müssen zusammengeführt werden, um Beatmungsplätze zu schaffen. Wir schlagen eine freiwillige Registrierung von Mediziner*innen vor (Bspw. von Ärzt*innen in Rente und Medizinstudent*innen ab dem 5. Semester).

2. Gesundheit schützen:

- Gesundheitsämter müssen in Verständigung mit dem Bund sofort gestärkt werden und Personal eingestellt werden.
- Es müssen mehr Corona-Tests möglich und kostenlos sein; besonders für Mediziner*innen.
- Alle müssen gesundheitlich aufgeklärt werden.

3. Grund- und Freiheitsrechte bewahren

- Wir lehnen missbräuchlich angewandte Einschränkungen der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit und das tracken von Handydaten ab. Die Möglichkeit zur Anwendung wurde von der Bundesregierung auf ein Jahr angelegt. Um Missbrauch zu verhindern, fordern wir unabhängige Beschwerdestellen.
- Bundeswehreinätze im Inneren, bei denen bewaffnete Soldaten polizeiliche Aufgaben übernehmen, lehnen wir konsequent ab.
- Wir lehnen einheitliche Geldstrafen ab, da sie Millionäre genauso behandeln wie Obdachlose.

4. Niemand wird fallengelassen: soziale Garantien für Menschen in prekären Lebenslagen

- Im Handwerk, im Kulturbetrieb, der Gastronomie, im Einzelhandel und der Pflege: In vielen Bereichen fürchten Menschen um ihre Gesundheit und Existenz. 60 % Kurzarbeitergeld reicht den wenigsten zum leben, wir fordern zusammen mit den Gewerkschaften 90 %. Ausgefallene Löhne und Honorare müssen überführt werden sowie Beschäftigte geschützt werden. Unternehmen müssen an Mitarbeiter*innen Desinfektionsmittel und Einmalhandschuhe ausgeben.

- Niemand darf seine Arbeit verlieren, niemand darf krank arbeiten gehen müssen. Gegen Unternehmen, die Kranke nicht umgehend nach Hause schicken und keine Schutzmaßnahmen einleiten, müssen Bußgelder verhängt werden. Besonders gefährdet und damit besonders schutzbedürftig sind Pflegekräfte und Mediziner*innen.
- Die Absage von Veranstaltungen belastet besonders kleinere Unternehmen. Solo-Selbstständige, Kulturbetriebe, Beschäftigte in der Kreativwirtschaft, Messebauer*innen sowie Handwerker*innen sind besonders stark betroffen. Wir schlagen ein Pandemie-Überbrückungsgeld für alle vor. Die Hartz-IV-Regel, wonach zunächst alles Angesparte plus Altersvorsorge aufzubrauchen ist, trifft viele hart.
- Bei der Beantragung von Grundsicherung muss die Vermögensprüfung sofort ausgesetzt werden. Für Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen, die über im Unternehmen gebundenes Vermögen verfügen, müssen zinsfreie und langfristige Darlehen ausgegeben werden.

5. Eltern unterstützen

Wenn Schulen und Kitas schließen können Eltern nicht arbeiten und werden nicht bezahlt. Vor allem bei niedrigem Einkommen wird das spürbar. Alle betroffenen Eltern brauchen



500 Euro mehr Grundgehalt in der Pflege!

**Danke heißt:
Mehr Gehalt!**

eine Lohngarantie.

6. Sicherung der Zahlungsfähigkeit für verwundbare Bevölkerungsgruppen

- Die Regelsätze für von Rentner*innen und Hartz-IV-Betroffene sind schon jetzt viel zu niedrig. Der Gang zur Tafel ist oft nicht mehr möglich. Daher sind die Ärmsten von Preissteigerungen, Lebensmittelknappheiten und Dienstleistungen bei Krankheitsverdacht und Quarantänefall besonders betroffen. Wir fordern einen Pandemiezuschlag auf alle Leistungen nach dem SGB II, III und XII.

7. Niemand darf alles verlieren: Die Krise trifft die am härtesten, die wenig haben. Der Staat muss handeln:

- Keine Sanktionen im Jobcenter und Meldetermine müssen abgesagt werden, so dass niemand in Schlangen stehen und überfüllten Warteräumen sitzen muss.
- Wohnungslose gehören zur Risikogruppe. Um die Belegungsdichte in Notunterkünften zu reduzieren, müssen neue Räumlichkeiten geschaffen werden.
- Zwangsräumungen von Wohnungen müssen ausgesetzt werden.
- In vielen Bundesländern ist noch immer die Unterbringung in Sammelunterkünften für Geflüchtete der Regelfall. In sog. Ankerzentren soll die Art der Unterbringung Schutzsuchende abschrecken durch möglichst schlechte Lebensbedingungen. Da es dort bspw. keine Möglichkeit zum selbst kochen gibt, sind Geflüchtete auf Massenspeisungen in Großkantinen angewiesen und somit einer unnötigen Infektionsgefahr ausgesetzt. Dezentrale Unterbringung ist daher nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern bedeutet Schutz vor Ansteckung. Überall müssen Menschen in Wohnungen statt in Sammelunterkünften untergebracht werden.

8. In die Zukunft investieren

Die 3,1 Milliarden der Bundesregierung reichen nicht. Für die Krankenhäuser braucht es Sofortinvestitionen und einen Abbau des Investitionsstaus von 30 Mrd. Euro.

- Wir fordern ein Investitionsprogramm von 120 Milliarden jährlich, in Gesundheit, Bildung, Kinderbetreuung, Wohnen, ÖPNV, Energiewende und Digitalisierung. Die Hälfte davon muss aus öffentlichen Haushalten finanziert werden, die andere Hälfte finanziert sich aus gestiegenen Steuereinnahmen. Das verbessert die Infrastruktur, stützt die Wirtschaft und hilft allen, nicht nur Millionär*innen und Unternehmen.
- Damit die Corona-Pandemie nicht zur Rezession führt, muss sofort die Schuldenbremse gemäß Art. 109 Abs. 3 GG für Notsituationen dauerhaft ausgesetzt werden.

9. Risiko im ÖPNV senken: Fahrscheinkontrollen aussetzen, um Menschen zu schützen. Überfüllte Busse und Bahnen sind ein Gesundheitsproblem: ÖPNV-Ausbau hilft!

10. Was alle brauchen, ist für alle da. Schutzmasken und Desinfektionsmittel werden zu Spekulationsobjekten und überteuert verkauft. Die Beschaffung muss koordiniert werden.

Wissenschaftliche Forschungsergebnisse und Medikamente müssen öffentlich zugänglich bleiben und dürfen nicht verkauft werden. Die Möglichkeit, dringend benötigte Güter notfalls auch zu beschlagnahmen, ist zu prüfen.

II. Systemwechsel heißt: Unser Gesundheitssystem pandemiefest machen. Für die Zukunft lernen.

1. In den Gesundheitsämtern muss dringend medizinisches Personal eingestellt und -24Stunden-Notdienste wiederhergestellt werden. Die Krankenhausschließungen der letzten Jahre rächen sich nun. Gesundheitswesen und Pflegebereich dürfen niemals mehr kaputtgespart, privatisiert oder der Profitlogik untergeordnet werden.
2. Wir brauchen bundeseinheitliche Regelungen für den Katastrophenfall. Wir benötigen ein Bundes-Katastrophenschutzgesetz. Die Kleinstaaterei muss für Pandemiefälle überwunden werden.
3. Aufbau einer Staatsreserve für lebenswichtige Medizingüter. Diese wird zentral gesteuert und bedarfsgerecht verteilt.
4. Keine Produktionsverlagerung von Medikamenten und Medizinprodukten Die Konzentration dieser Produktion in einigen wenigen Ländern diene dem Profitstreben weniger Konzerne. Diese Produkte fehlen jetzt, da globale Warenströme gestört werden. Wir brauchen wieder Produktionsstandorte für Medikamente und Medizinprodukte vor Ort

Es ist Zeit für eine solidarische Wende. Auch in der Krise wollen wir als DIE LINKE. Karlsruhe weiter aktiv sein.

Diese Krise wird tiefgreifende Veränderung in der Gesellschaft hervorrufen, sie darf nicht in einer autoritären Wende werden, sondern ganz im Gegenteil: Lasst uns uns organisieren und gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft.

Spätestens nach der Krise braucht es Veränderung, das geht nur zusammen!

Also lasst uns organisieren. Natürlich seid ihr herzlich willkommen bei DIE LINKE. Karlsruhe

Kontakt:

**DIE LINKE. Kreisverband Karlsruhe,
Schützenstr. 46
76137 Karlsruhe**

**Email: info@dielinke-ka.de
Tel: 072 135489342
<https://die-linke-karlsruhe.de/>
<https://www.facebook.com/dielinkekarlsruhe>**

Nachbarschaftshilfe von und für Karlsruher*Innen

Facebook-Gruppe mit über 4000 Mitgliedern: <https://www.facebook.com/groups/266096331048298/>

www.kahilft.de Hotline: 072198614755 (täglich von 10 bis 14 Uhr)

<https://www.quarantaenehelden.org/> mit Postleitzahl suchen

www.nebenan.de/corona Hotline 08008665544

In der Südstadt gibt es Hilfe vom Barrio137 Hotline 015732471865 (tgl von 12 bis 15 Uhr)

DIE LINKE.
KARLSRUHE